

Zeitschrift: Allgemeine schweizerische Militärzeitung = Journal militaire suisse =
Gazetta militare svizzera

Band: 54=74 (1908)

Heft: 12

Artikel: Das englische Heeres- und Marinebudget für 1908/09

Autor: Brunner, Otto

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-98626>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Im Reichstag wurde ferner eine Ausdehnung und Verbesserung der Nachweisungen der Kriminalstatistik für Heer und Marine, sowie die Minderung des Ausschlusses der Öffentlichkeit des Militärstrafverfahrens (erstre in einer Resolution) gefordert, und die Reform des Beschwerderechts verlangt. Unter Hinweis auf die Etatisierung der 13. Hauptleute mit einer Aufwendung von 1½ Millionen wurde der „Aggregierten-Fonds“, aus dem bisher jahrelang Offiziere ohne Kontrolle des Reichstags besoldet wurden, lebhaft angegriffen, und in der Kommission ausgesprochen, dass dieser Fonds künftig nur noch für vorübergehende dienstliche Bedürfnisse verwendet werden dürfe. Betreffs der Forderung der Wiedervermehrung der seit dem Kriege von 1870/71 sehr verminderten kleinen Garnisonen wurde von seiten des Kriegsministeriums erklärt, dass der Kriegsminister sich bereit erklärt habe, bei sich bietender Gelegenheit diesem durchaus berechtigten Wunsche Rechnung zu tragen. Ebenso fand die Forderung der Erhöhung der Mannschaftslöhnung und der freien Fahrt der Mannschaft bei Urlaubsreisen Zustimmung, jedoch unter dem Hinweis, dass diese Fragen Finanzfragen seien, sowie demjenigen, dass die geforderte einheitliche Regelung des Ernteurlaubs und der Reservisten- und Landwehrübungen zur Erntezeit eine äusserst schwierige sei.

Das englische Heeres- und Marinebudget für 1908/09.

Von Oberleutnant Otto Brunner.

I. Liberale Heeres- und Flottenpolitik.

Am 24. Februar wurde dem Parlament gleichzeitig das Heeres- und Flottenbudget für das Jahr 1908/09 vorgelegt, begleitet von Memoranden der für die betreffenden Ressorts verantwortlichen Minister.

Bekanntlich ist England unter der Herrschaft des gegenwärtig am Ruder befindlichen, liberalen Ministeriums Campbell-Bannerman in eine Aera der Ersparnisse, hauptsächlich auf dem Gebiete der für die nationale Verteidigung und diejenige des ganzen Imperiums bestimmten Ausgaben eingetreten. Jede Ersparnispolitik ist schliesslich auf den ersten Blick sehr bestechend, besonders für die grossen Wählermassen. Sie war in diesem Fall eines der hervorragendsten Mittel, um das von neuem erstrittene Regiment der liberalen Partei von Anfang an zu befestigen, um so mehr, wenn man dazu noch betonte, das frühere konservative Regime hätte das Geld nur so zum Fenster hinausgeschmissen und mit seinen enormen Ausgaben für das Heer und besonders die Flotte

das Land schliesslich an den Rand des Ruins gebracht.

Man betrat also den Weg der Ersparnisse und beschritt in den 3 Jahren der liberalen Aera diese Ausgaben um mehr denn 10 Millionen Pfund. Und eines Tages kam Sir Henry Campbell-Bannerman auf den gewiss ganz gut und aufrichtig gemeinten, aber doch sehr phantastischen Einfall, der Haager Friedenskonferenz einen Abrüstungsvorschlag zu proponieren. Das Ende dieser Haupt- und Staatsaktion ist bekannt; sie gebar einen frommen Wunsch nach möglicher Beschränkung der Ausgaben für Kriegszwecke, und schliesslich rüsteten alle Mächte, insbesondere Deutschland, das man bei diesem Abrüstungsvorschlag im Auge gehabt hatte, mit verdoppeltem Eifer. Die englische Regierung sah sich, schmerzlich enttäuscht, in die peinliche Lage versetzt, das sog. Friedensschlachtschiff, das man nicht gebaut hätte, falls der Vorschlag angenommen worden wäre, nun doch zu bauen. Man musste aber im weitem sehr gespannt sein, ob die liberale Regierung aus dieser offensichtlichen diplomatischen Schlappe den richtigen Schluss gezogen habe, oder ob sie den Pfad der mehr und mehr sich dem Ideal des Völkerfriedens nähernden Heeres- und Marinepolitik auch weiterhin betreten würde. Die diesjährigen Budgets wurden daher mit ganz besondrer Spannung erwartet.

Die Regierung bewahrte wie immer tiefstes Stillschweigen, allein schon Wochen vor dem Erscheinen der Voranschläge wurde davon gemunkelt, dass man weitere Ersparnisse, besonders in den Ausgaben für die Flotte, beabsichtige. Und in der Tat, unterstützt durch einige Mitglieder der Regierung, war eine grosse Gruppe der liberalen Partei eifrig tätig, eine weitere Reduktion der Marineausgaben zu veranlassen. Die Regierung hatte dem Lande bei ihrem Amtsantritt vor allem ein gross angelegtes Alterspensionsgesetz versprochen, das den englischen Finanzen eine Belastung von mindestens einer halben Milliarde Franken bringen wird. Um dessen Durchführung zu sichern, sollte nach der Ansicht dieser Radikalliberalen in erster Linie an der nationalen Versicherungsprämie gegen den Krieg, d. h. den Ausgaben für die Landesverteidigung gespart werden. Mit der Durch- oder Nicht-Durchführung dieses Gesetzes aber steht oder fällt das liberale Regiment. Allein, was vorauszusehen war, trat ein. Die unionistische Partei erhob den Warnruf: „Die Flotte, das Imperium in Gefahr“, und selbst ein Grossteil der Liberalen, die sogenannten imperialistischen Liberalen, erklärte, sich einer weitem Reduktion widersetzen zu wollen. Die liberale Herrschaft stand auf dem Spiele, allein die Regierung (d. h. der Ministerpräsident und die radikalliberalen

Mitglieder seines Ministeriums), gab nach und zog sich für diesmal noch aus der Verlegenheit. Wie, werden wir gleich sehen.

Diese kurze einleitende Abschweifung in das Gebiet der hohen Politik war notwendig, wenn man das diesjährige englische Heeres- und Marinebudget verstehen will. Sie zeigt uns das Milieu, aus dem heraus dasselbe entstanden ist.

II. Das Heeresbudget.

Das diesjährige Heeresbudget im Betrage von 27,459,000 Pfund unterscheidet sich von dem letztjährigen darin, dass es eine Reduktion um 301,000 Pfund Sterling bringt, d. h. um diese Reduktion zu ermöglichen, war es eigentlich notwendig, die Ersparnisse im Gesamtbetrag von 926,000 Pfund zu machen. Es mussten nämlich 625,000 Pfund für folgende Extraausgaben aufgebracht werden:

Erster Kredit für die neugeschaffene Territorialarmee	300,000 Pfd.
Vergütung für in die Spezialreserve übertretende Angehörige der ehemaligen Miliz	80,000 "
Erhöhung des Kredits für Armeearbeiten	79,000 "
Mehrausgaben für das Pensionswesen	96,000 "
Mehrausgaben für die Armee-Reserve	70,000 "
Total 625,000 Pfd.	

Das Budget sieht ferner eine Reduktion der regulären Armee um 5000 Mann vor. Dabei sind aber die Ersparnisse nicht inbegriffen, welche die Zurückziehung eines Kavallerieregiments und von 4 Infanteriebataillonen aus Südafrika (Transvaal- und Oranje-River-Colony) mit sich bringen werden.

In dem das Budget erläuternden Memorandum spricht sich Mr. Haldane, der jedenfalls, obschon Laie, der beste Kriegsminister ist, den England je besessen hat und der nach vielen verunglückten frühern Versuchen mit der Schöpfung der Territorialarmee etwas positives geschaffen hat, folgendermassen über seine Heerespolitik aus:

„Die Frage der Heeresausgaben kann nicht wohl getrennt von der Militärpolitik erörtert werden. Unsre Armee ist ein Mechanismus, dessen Teile gegenseitig voneinander abhängig sind. Wir können nicht plötzlich hier etwas sparen und dort etwas, ohne nicht die Stärke des Ganzen in einem Masse zu gefährden, das zu den erzielten Ersparnissen in keinem richtigen Verhältnis stände, oder ohne einzelne Teile des Reiches mit neuen Ausgaben zu belasten, wie das mit Indien geschehen ist. Aus diesen Gründen musste die Regierung sehr vorsichtig vorgehen, um Ersparnisse erzielen zu können. Eine

zu forcierte Reduktion würde nicht nur eine Reaktion auslösen, sondern auch von sehr unangenehmen Folgen begleitet sein.“

Im fernern erklärt Mr. Haldane, mit den vorgeschlagenen Ersparnissen an der Grenze der möglichen Reduktionen angelangt zu sein, es sei denn, dass man die in den verschiedensten Kolonien und Schutzgebieten stehenden Garnisonen vermindere. Das letztre beabsichtige denn auch die Regierung, wo immer es sich mit der Sicherheit des Reiches und seiner Besitzungen vertrage. Es sei dies um so eher möglich, als die Kolonien mit Selbstverwaltung, seitdem man angefangen habe, die englischen Truppen aus ihnen zurückzuziehen, begonnen hätten, ihre Streitkräfte selbstständig zu organisieren. Allerdings, fährt Mr. Haldane fort, müsse man dabei stets bedenken, dass jede Verminderung des Effektivbestandes der Truppen im Mutterlande oder den Kolonien die Verantwortlichkeit der Streitkräfte der zweiten Linie erhöhe. „Eine erhebliche Reduktion der Truppen der ersten Linie aber muss früher oder später einer erhöhten Schlagfertigkeit und Kriegstüchtigkeit der zweiten Linie rufen und falls man in der Verminderung des Effektivbestandes der regulären Armee zu weit gehen sollte, müssten an die Bürgertruppen (Haldane umgeht offenbar absichtlich das Wort Territorialtruppen) Anforderungen gestellt werden, welche man bis anhin noch nie zu stellen beabsichtigt hatte.“ Mit diesem zweifelsohne wichtigsten Satze seines ganzen Memorandums will Haldane aber nicht mehr und weniger sagen, als dass man dann eben zu einer Art allgemeiner Wehrpflicht schreiten müsste. Es verdient, hier ausdrücklich betont zu werden, dass dies das erste Mal ist, dass ein englischer Kriegsminister es wagt, ziemlich unumwunden die Möglichkeit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht ins Auge zu fassen.

Liberale Schwärmer hofften, es werde der gegenwärtigen Regierung möglich sein, die Heeresausgaben auf das Niveau der vor dem südafrikanischen Kriege gemachten herunterzuschrauben. Das Heeresbudget für das Finanzjahr 1898/99 betrug seinerzeit 19,222,000 Pfund; es erreichte 1905 seinen Höhepunkt mit 29,813,000 Pfund und hat nun dieses Jahr mit den schon erwähnten 27,459,000 Pfund nach den Versicherungen des Kriegsministers die Grenze der Reduktionsfähigkeit erreicht.

Man darf weitergehen und behaupten, dass die Heeresausgaben von nun an im Gegenteil wieder zunehmen werden, indem die neugeschaffene Territorialarmee ganz bedeutend mehr kosten dürfte, als angenommen wurde.

(Schluss folgt.)